

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)
9 15 20-15



Inhalt

Zum erstenmal in der Geschichte das direkt gewählte Europäische Parlaments wurde ein deutscher Sozialdemokrat zum Parlamentspräsidenten gewählt. Glückwunsch an Klaus Hänsch von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB.

Seite 1

Die staatliche und kulturelle Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich hat in den letzten zehn Jahren deutlich verloren, beklagt Manfred Opel MdB.

Seite 2

Kasernennamen nach Nazi-Offizieren und Feiern zum 20. Juli passen schlecht zusammen, stellen Walter Kolbow MdB und Andreas von Bülow MdB fest.

Seite 3

Angstmache vor der SPD und Zweckoptimismus bei den Beurteilung der Arbeitsmarktsituation sowie der wirtschaftlichen Entwicklung entlarvt Rudolf Müller MdB als Wahlkampfmasche der Koalition.

Seite 5

49. Jahrgang / 136

19. Juli 1994

Glückwunsch für Klaus Hänsch

Präsident des Europäischen Parlaments in einer entscheidenden Phase

Von Heidemarie Wieczorek-Zeul MdB

Stellvertretende Parteivorsitzende und europapolitische Sprecherin der SPD

Mit Klaus Hänsch steht zum erstenmal, seitdem das Europäische Parlament durch die Bevölkerung direkt gewählt wird, ein deutscher Sozialdemokrat an der Spitze der europäischen Volksvertretung.

Die SPD gratuliert ihm sehr herzlich zu seiner Wahl und wünscht ihm für seine Amtsführung eine glückliche Hand.

Seine Wahl in einer für Europa wichtigen Zeit ist ein Glücksfall. Bürgerinnen und Bürger können sich darauf verlassen, daß er ihre Wünsche und Erwartungen an ein demokratischeres Europa engagiert aufgreifen wird.

Klaus Hänsch übernimmt das Amt des Parlamentspräsidenten in einer für die Europäische Union entscheidenden Phase.

Am 1. Januar 1995 wird es das Europäische Parlament mit einer neuen Europäischen Kommission zu tun haben, die sich in ihrer Zusammensetzung wesentlich von der jetzigen unterscheiden wird. Eine seiner wichtigsten Aufgaben wird es sein, die Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den Beitrittsländern, nach dem hoffentlich erfolgreichen Ausgang der Volksabstimmungen in Schweden, Finnland und Norwegen, so schnell wie möglich in die Parlamentsarbeit einzubeziehen und dabei das EP trotz seiner Vergrößerung arbeitsfähig zu erhalten. Daneben muß das Europäische Parlament auch eine aktive Rolle bei der Vorbereitung der Überprüfungskonferenz des Maastricht-Vertrages übernehmen, die ab 1996 stattfindet. Hierbei kommt es darauf an, neben dem EP auch die nationalen Parlamente so früh wie möglich an den Arbeiten zu beteiligen, damit die notwendigen Reformen in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert werden können. Klaus Hänsch ist für uns der Garant dafür, daß die Ausgestaltung der Europäischen Union nicht mehr allein auf dem Wege der Geheimdiplomatie erfolgt.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn
Postfach 19 01 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.
zuzügl. MwSt. und Versand.

Veröffentlicht im Auftrag
des Bundesverbandes
der Sozialdemokratischen
Pressevereine



Klaus Hänsch hat seit seiner Wahl in das Europäische Parlament 1979 immer wieder bewiesen, wie sehr ihm die demokratische Entwicklung der Europäischen Union am Herzen liegt. Dieses Thema und die Schaffung einer gesamteuropäischen Ordnung ziehen sich wie ein roter Faden durch seine Arbeit. Viele wichtige Anstöße und wegweisende Berichte hierzu sind mit seinem Namen verbunden.

Ich bin daher sicher, daß er sich als Präsident des Europäischen Parlaments mit der gleichen Energie und Hartnäckigkeit in den vor uns liegenden Jahren weiterhin für die Belange der europäischen Integration einsetzen wird. Dabei kann er auf die Unterstützung der deutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten rechnen.

Wir wünschen ihm Glück und Erfolg für seine Arbeit.

(-/19. Juli 1994/hgs/ks)

Freund Frankreich!
Dank an Präsident Mitterrand

Von Manfred Opel MdB

Es ist jetzt an der Zeit, einen mehrfachen Dank an unseren treuen europäischen Freund Frankreich zu sagen.

Der große Sozialist und enge Genosse der deutschen Sozialdemokratie, Präsident Mitterrand, hat unvergängliche und unvergängliche Zeichen der Solidarität und der Gemeinsamkeit mit uns Deutschen gesetzt.

Die Parade des Eurocorps über die französischste aller großen Straßen Frankreichs, über die Champ Elysees, war Zeichen des tief empfundenen Friedens, den die Grande Nation uns gegenüber ausdrücken möchte. Wer weiß, was bei unseren französischen Freunden Symbole und Zeichen bedeuten, darf stolz sein auf diese offen bekundete Wertschätzung.

Doch Präsident Mitterrand, selbst aktiv im Widerstand, beläßt es nicht bei Gesten. Er war es, der die deutsche Einheit bei unseren Westalliierten ohne Zögern zu seiner Sache machte. Den Widerstand so mancher 'eiserner' Gegner brach er damals im Entstehen.

Noch immer verstehen in Deutschland viele nicht die Rolle, die Frankreich im eigenen, freien Bewußtsein spielt. Das Selbstverständnis Frankreichs kommt letztlich uns in Europa und uns Deutschen besonders zugute. So war es bei der KSZE, bei den Abrüstungsverhandlungen und auch bei der damals als Schicksalsfrage empfundenen, heute längst vergessenen sogenannten Nachrüstungsdebatte.

Gerade ein Dutzend Jahre ist das her, und schon spielt jene Frage, die West-Deutschland zu spalten drohte, keine Rolle mehr! Könnte es nicht sein, daß auch heute die wirklichen Probleme andere sind als jene, die auf dem laut schreienden Politikmarkt täglich gehandelt werden?

Frankreich steht fest in seiner Geschichte. Die Franzosen sind spürbar beseelt von revolutionärem Elan. Kultur, Zivilisation und Selbstbestimmung des Individuums haben unbestreitbar in französischen Landen ihre Wurzeln.

Wer wollte sich da aufschwingen und beckmesserisch Noten vergeben? Frankreich bedeutet für sich und Europa mehr, wenn es das ist, als was es sich selbst versteht; nämlich als eine freie politische Macht mit Weltgeltung. Das ist keine Weltmacht im imperialistischen Sinne; mit Dominanzansprüchen gleichsam. Es ist eine Macht, die in der Welt anerkannt und gehört wird. Entscheidend ist nicht, daß Frankreich Weltgeltung behaupten möchte, sondern wofür es eintritt.

Genau deshalb sind wir Deutsche gut beraten, einen Teil der großen Freundschaft unseres Nachbarn und europäischen Bruders damit zu vergehen, daß wir diesen Anspruch Frankreichs unterstützen. Denn Frankreich tut nichts für sich allein. Bisher ist Paris immer für Europa und auch für ein freies Deutschland unerschütterlich eingestanden.

"Große Freundschaften erkennst Du an kleinen Dingen", sagt der Dichter. Doch daran fehlt es wahrlich. Unsere staatliche und kulturelle Kooperation mit Frankreich hat im letzten Jahrzehnt deutlich verloren. Die Konservativen haben sich den Amerikanern einseitig zugewandt. Da hilft auch kein Händchenhalten von Amtsinhabern.

Gerade am Ende der Amtsperiode unseres großen sozialistischen Freundes und Franzosen Mitterrand steht es den Sozialdemokraten gut zu Gesicht, wenn sie die "kleinen Dinge" der Freundschaft intensiv pflegen. Ganz ohne Pathos. Was zählt, sind nicht Worte sondern Taten.

Danke Frankreich. Danke Mitterrand. Es lebe Europa.

(-/19. Juli 1994/hgs/ks)

Doppelstrategie der Bundesregierung

Kasernennamen nach Nazi-Offizieren und Feiern zum 20. Juli

Von Walter Kolbow MdB

Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

und Andreas von Bülow MdB

"Du bist nicht frei in der Wahl Deiner Geschichte,
aber frei in der Wahl der Tradition,
in der Du die Geschichte pflegen willst,..."

Hugo Brandt

Nicht an ihren Worten, an ihren Taten ist die Bundesregierung zu messen! Dann wird der eklatante Widerspruch zwischen Aussage und Wirklichkeit offenbar: Kasernenbenennung nach Nazi-Offizieren und große Feiern zum 20. Juli 1944.

Der Verteidigungsminister wehrt sich noch immer gegen die Umbenennung von Kasernen, die Namen von nicht traditionswürdigen Offizieren der Wehrmacht tragen. Selbst das Votum des Petitionsausschusses konnte ihn nicht bewegen, die Dietl-Kaserne im Orkus der Geschichte verschwinden zu lassen. So viel Mühe hat man sich beim Erhalt zum Beispiel der Karl-Wilhelm-Leuschner-Kaserne der ehemaligen NVA nicht gemacht. Das war schließlich - aus Regierungssicht - nur ein Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Den Schwarzen Peter für die Umbenennung der Ost-Kasernen hat man der untergegangenen DDR zugesteckt. Deren Abrüstungs- und Verteidigungsminister Eppelmann hat - natürlich auf Bonner Entscheidung hin - die Kasernen namenlos übergeben. Mit diesem Schachzug glaubte man, sich eines Problems entledigt zu haben. Die Regierung handelt nach dem Grundsatz, wenn schon Widerstandskämpfer geehrt werden sollen, dann bitte die politisch richtigen. Da paßt ins Bild, wie seit Wochen um die Gedenkstätte Deutscher Widerstand im Bendler-Block gestritten wird. Der Leiter wird unter Druck gesetzt, kommunistische Widerstandskämpfer aus der Ausstellung zu entfernen. Besonders pikant ist, daß einer der Stauffenberg-Söhne dabei eine führende Rolle spielt. Der militärische Widerstand, die Männer des 20. Juli 1944, haben ihren festen Platz in unserer Geschichte. Zusammen mit anderen Widerstandsgruppen repräsentieren sie das gute Deutschland, das bißchen Licht in dem vielen Schatten des Dritten Reiches. Wer die Motive des kommunistischen Widerstandes und seine undemokratischen Ziele ins Blickfeld rückt, muß aber auch bereit sein, nach den Vorstellungen der Männer des 20. Juli zu fragen. Sie wollten in erster Linie die bedingungslose Kapitulation abwenden, Deutschlands Ehre retten, eine neue politische Ordnung schaffen. Ein demokratisches Regierungssystem war mehrheitlich nicht vorgesehen. Wer also aus heutiger Sicht dem kommunistischen Widerstand jede Legitimation abspricht, darf andererseits nicht den militärischen Widerstand unangemessen überhöhen. Vollends unglaublich macht sich die Regierung aber, wenn sie sowohl Widerstandskämpfer als auch deren Gegner im Offizierskorps der Wehrmacht, ausgewiesene Nazis der ersten und letzten Stunde wie Dietl, Köbler u.a., gleichermaßen für traditionswürdig erklärt. Das legt den Schluß nahe, es komme weniger darauf an, was einer getan hat, Hauptsache er war Soldat. Diese Doppelstrategie würde zu einem neuen gefährlichen Traditionsverständnis führen. Es würde dem noch aus sozialdemokratischer Regierungszeit stammenden Traditionserlaß widersprechen. Alle Versuche zu dessen restaurativer Veränderung konnten bisher abgewehrt werden. Wie lange noch? Die Regierungspolitik würde zu einem nicht akzeptablen neuen Traditionsverständnis der deutschen Streitkräfte führen, unter dessen Auswirkungen wir eines Tages alle zu leiden hätten. Deshalb ist politische Führung gefragt. Was spricht eigentlich dagegen, sich stärker auf fast 40 Jahre Bundeswehr zu beziehen als auf nur 12 Jahre fragwürdiger großdeutscher Wehrmachtsgeschichte. Der Verteidigungsminister kann sich nicht hinter immer neuen Gutachten des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes oder Stadtratsbeschlüssen verstecken. Er ganz allein trägt die Verantwortung für die Tradition der Bundeswehr.

(-/19. Juli 1994/hgs/ks)

Angstmache und Zweckoptimismus, das Wahlkampfrezept der Koalition

Von Rudolf Müller MdB

Es gibt zwei Themen, die derzeit bei den meisten Wählern im Vordergrund stehen. Das sind die Steuern und die Arbeitsmarktlage. Das Rezept der Koalition, damit umzugehen, ist einfach. Bei Steuern wird vor den Plänen der SPD Angst gemacht. Zur Arbeitsmarktsituation, gilt das Rezept Zweckoptimismus, der durch die realen Entwicklungsaussichten nicht gerechtfertigt ist. Wie die Europawahlen gezeigt haben, bringt diese Taktik offensichtlich Erfolg, weil viele Menschen auch der SPD nicht so recht trauen, die in den letzten Wochen nicht immer ein überzeugendes Bild bot. Die FDP hat eins auf diese Nase bekommen, weil sie sich als Partei der "Besserverdienenden" demaskiert hat. Daß die Betroffenen Sturm laufen gegen die von der SPD geplante Ergänzungsabgabe für Bezieher höherer Einkommen - etwa 20 Prozent aller Steuerzahler - kann man noch verstehen. Daß von dieser Abgabe die Investitionstätigkeit zugunsten neuer Arbeitsplätze gefährdet sein soll, wie es die Koalition weismachen will, werden aber selbst sie nicht glauben. Und wenn sogar Hans-Dietrich Genscher kürzlich erklärte, es gebe kaum einen, der sich nicht von der SPD-Steuerpolitik bedroht fühle, kann man nur noch den Kopf schütteln, weil ja gerade die Regierung alle Steuerzahler mit einer Ergänzungsabgabe zur Kasse bitten und darüber hinaus weitere Steuern erhöhen will. Wer schon der SPD nicht traut, sollte sich nicht nur ansehen, was Fachleute in der Presse über die Lage nach (!) den Wahlen schreiben, Leute, die meist der Koalition näher stehen als der SPD. Allein die Umsetzung des Verfassungsgerichtsurteils, wonach das Existenzminimum bis 1996 von Steuern befreit sein muß, wird den Staat rund 40 Milliarden DM kosten. Mit einem Urteil des Verfassungsgerichts, das die bisherige Festsetzung der Einheitswerte (u.a. von Einfamilienhäusern) für verfassungswidrig erklären wird, ist noch in diesem Jahr zu rechnen. Die Wahlkampagne der Koalition ist noch nicht einmal die halbe Wahrheit. Unter den Tisch gekehrt wird zum Beispiel, daß bereits 1995 der Bund mehr als ein Viertel seiner Steuereinnahmen für Zinsen ausgeben muß und sich in den öffentlichen Haushalten neue Löcher abzeichnen. Die Schuldenpolitik Waigels übertrifft alles bisher Dagewesene und das einzige Plus eines Wahlsieges der Koalition wäre, daß sie die Folgen nicht der SPD in die Schuhe schieben kann. Daß die Lasten der Wiedervereinigung an allem schuld seien, kann man nur noch Ahrnungslosen erzählen. So wie die Lage nach den finanzpolitischen Fehlern Waigels und der Regierung ist, kann auch die SPD nicht mehr zugestehen, als die Steuer- und Abgabenquote nicht zu erhöhen und die notwendigen Entscheidungen sowohl dort, wo gespart, wie dort, wo zusätzlich belastet werden muß, sozial ausgewogen zu treffen. Das heißt in der Praxis noch immer, daß diejenigen, die mehr leisten können, in solchen Situationen auch mehr leisten müssen, selbst wenn natürlich alle Verantwortung für die Entwicklung tragen, auch die Empfänger bestimmter Sozialleistungen. Mit Sozialneid hat das ebensowenig zu tun wie mit angeblicher Bestrafung von Leistungsträgern. Das sind Kampfbegriffe, die nur Emotionen gegen die Sozialdemokraten wecken sollen. Wären sie so, wie sie derzeit gebraucht werden, richtig, wäre die ganze Marktwirtschaft eine Erfindung von Sozialneidern. Inzwischen wird von Kritikern dieser Marktwirtschaft selbst Bismarck als eine Art Wegbereiter der Sozis angesehen. Aber gerade in das Sozialismus unverdächtigen Zeitungen finden sich immer wieder Beispiele, die, auch für Laien er-

kennbar, Schlaglichter auf die von der Koalition teils geförderte, teils allein wegen des Machterhalts geduldete Entwicklung werfen. So schrieb "Capital" über die Unternehmenssteuern "Alle stöhnen unter der Abgabenlast. Nur Deutschlands Großindustrie zahlt im Vergleich zur Gewinnentwicklung immer weniger ans Finanzamt oder überhaupt nichts mehr." Die BMW-AG (nicht gerade ein Autobauer für die Masse der kleinen Leute) habe ihren AG-Überschuß von 1989 bis 1993 trotz Autoflaute von 386 Millionen auf 452 Millionen DM gesteigert, die Ertrags- und Einkommenssteuern jedoch von 509 auf 32 Millionen Mark 1992 gesenkt. 1993 bekäme sie sogar 32 Millionen Mark zurück. Die jüngsten Entscheidungen im Gesundheitswesen, die zu Lasten der Patienten gehen, werden in der "Zeit" folgendermaßen kommentiert: "sie sind einfach nur unanständig". Und die Aufstockung versicherungsfremder Leistungen in der Rentenversicherung nennt die "Süddeutsche Zeitung" schlicht und einfach "Politische Langfingerei". Die "Zeit" schreibt zu Waigels Steuerpolitik unter anderem, "Die Lasten sind ungerecht verteilt und schaden der Wirtschaft ... Selbst kostspielige Hobbys können steuersparend betrieben werden ... begeisterte Sportflieger oder Segler müssen nur einen Verein bilden und dann können sie sich via abzugsfähige Spenden an den Verein Flugzeuge oder Yachten anschaffen." Die Zeitung zitiert den Präsidenten des Bundesfinanzhofes, der gesagt hat: "Die Reichen können Gelder und Grundvermögen immer so handhaben, daß sie einer Besteuerung entgehen." Und weiter: "Steueroasen spenden nur den Reichen Schatten." Über den noch immer andauernden Kapitaltransfer ins Ausland kann man inzwischen überall etwas lesen. Allein dieser Transfer in den letzten drei Jahren verursacht nach Schätzung der Steuerverwaltung jährliche Steuerausfälle von 13 Milliarden DM. Banken weisen, worauf führende Forschungsinstitute hingewiesen haben, in der Rezession höhere Gewinne aus, als andere Branchen in den Zeiten der Hochkonjunktur. Man muß also keineswegs den Wahlkampfveröffentlichungen der SPD glauben, um festzustellen, daß die Politik der Koalition auf einem Weg ist, bei dem die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden und dabei noch nicht einmal das Problem der Arbeitslosigkeit gelöst wird. Natürlich sind unsere Probleme nicht allein durch die Politik zu bewältigen. Wir brauchen, wie die Zeitschrift "Capital" meint, zum Beispiel wirkliche Unternehmer, nicht Manager, die schnell dabei sind, Arbeiter auf die Straße zu setzen, selbst aber, wie "Die Abfindungsorgien der letzten Jahre" (so Capital) zeigen, im Gegensatz zu vielen kleinen selbständigen, "keinerlei Risiko tragen". Wir brauchen auch Gewerkschaften, die an die Arbeitslosen ebenso denken wie an diejenigen, die Arbeit haben und oft noch nicht einmal ein Arbeitsplatzrisiko. Anstatt ehrlich über alle Fragen zu reden, wird Angst vor der SPD gemacht. Die wirtschafts- und steuerpolitische Diskussion hat einen Stand erreicht, der Schlimmes befürchten läßt. Es wäre durchaus zu verkraften, wenn alle ein paar Punkte zurückstecken müßten, aber der Bruch des sozialen Konsenses würde unserem Land und gerade den Leistungsträgern auf die Dauer mehr schaden als die angeblich so leistungsfeindlichen Steuerpläne der SPD.

(-/19. Juli 1994/hgs/ks)
